

DEG

Deutsch-Eritreische Gesellschaft e.V.



DEG, Postfach, Ludwig-Erhard-Anlage 6-8, 60325 Frankfurt

Deutsch-Eritreische Gesellschaft (DEG)
Postfach, Ludwig-Erhard-Anlage 6-8
D – 60325 Frankfurt / Main

Dirk Vogelsang (1. Vorsitzender)
phone: +49 177 - 7 69 55 63

Rahel Mesghenna (2. Vorsitzende)
Tel: +49 176 - 24 93 32 74

E-Mail: vorstand@deutsch-eritreische-gesellschaft.de

Web: www.deutsch-eritreische-gesellschaft.de

Stellungnahme der Deutsch-Eritreischen Gesellschaft e.V. (DEG) zur Großrazzia der Bundesanwaltschaft gegen die „Brigade N´Hamedu“ am Mittwoch, 26.03.2025:

Gewalt gegen eritreische Veranstaltungen ist auch eine Folge der Dämonisierung Eritreas – ein Kurswechsel der Medien im Umgang mit der eritreischen Realität ist überfällig!

In der nachfolgenden Stellungnahme befasst sich der Vorstand der DEUTSCH-ERITREISCHEN GESELLSCHAFT (DEG e.V.) mit den Hintergründen einer seitens der Bundesanwaltschaft am Mittwoch, 26.03.2025, durchgeführten Großrazzia. Sie diente der Ermittlung gegen 17 Beschuldigte der sogenannten „Brigade N´Hamedu“ wegen Gründung und/oder Mitgliedschaft in einer inländischen terroristischen Vereinigung. In der Mitteilung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom selben Tag findet sich kein Hinweis auf die Nationalität oder Herkunft der Verdächtigen. Es heißt dort lediglich:

„Dabei handelt es sich um eine auch international vernetzte Gruppierung, deren erklärtes Ziel es ist, die Regierung in Eritrea zu stürzen. Der Ableger in Deutschland ist spätestens seit dem Jahr 2022 aktiv und verfolgt sein Anliegen auch durch Gewaltaktionen gegen hiesige Veranstaltungen, die von der eritreischen Regierung unterstützt werden. Dabei erachten einige Mitglieder der Vereinigung Gewalt gegen deutsche staatliche Institutionen und Repräsentanten der Staatsgewalt ... als legitimes Mittel.“

Eingetragen im
Vereinsregister Frankfurt
Reg.-Nr.: 15994

Bankverbindung:
BW-Bank Stuttgart
DE55 6005 0101 0405 0248 94



Im Folgenden geht die Pressemitteilung der Bundesanwaltschaft dann auf die „*Ausschreitungen anlässlich des sogenannten Eritrea-Festivals in Gießen am 20. August 2022*“ sowie weitere Gewaltaktionen im Jahr 2023 ein.

In den deutschen Leitmedien – sowohl Fernsehen als auch Online- und Printmedien – war die Diktion dagegen eine eindeutig andere: durchweg war, ohne jegliche weitere Recherche, noch am 26.03. wahlweise von einer „Razzia gegen Eritreer-Gruppe“ (dpa), „Razzia gegen mutmaßliche Eritrea-Terrorgruppe“ (tagesschau und SWR AKTUELL) oder „Razzia gegen eritreische Regierungsgegner“ (SPIEGEL Panorama) die Rede. Passend dazu brachte das Erste Deutsche Fernsehen in der „tagesschau“ um 13.04 Uhr desselben Tages einen ca. 2-minütigen Beitrag unter dem Motto „Afrikas letztes Einparteiensystem“, in dem das Bild einer Diktatur („Diktator Isaias Afwerki denkt nicht daran, die Macht abzugeben.“) bekräftigt wird.

Der durchschnittlich informierte Empfänger muss also nach Verbreitung der für sich genommen eher dürren Mitteilung des Generalbundesanwalts durch den medialen Mainstream, insbesondere durch die eindeutige Etikettierung des Konflikts als einen zwischen eritreischen Regierungsanhängern und Regierungsgegnern, davon ausgehen, dass es sich hierbei um eine „inner-eritreische“ Angelegenheit handelt – als welche sie im Übrigen in der öffentlichen Darstellung auch immer wieder bezeichnet wird. Oder, in einer auch uns immer wieder zugetragenen vulgärer Version: „Da kommen diese Eritreer hierher nach Deutschland und schlagen sich auf unsere Kosten die Köpfe ein!“

Zu den auf der Hand liegenden Widersprüchlichkeiten, sowohl was die objektive Sachverhaltsdarstellung als auch die subjektive Wahrnehmung anbelangt, halten wir es für dringend geboten, auf folgende Punkte hinzuweisen:

1. Die Mitglieder der „Brigade N´Hamedu“, insbesondere deren Anführer, sind den Behörden und damit auch den jeweils beteiligten Staatsanwaltschaften bzw. Ermittlungsorganen seit 2022, spätestens seit 2023, namentlich und mit den jeweiligen Personalien, Wohnorten, Reise-Bewegungen etc. bekannt. Zur Vervollständigung der Datenlage haben auch Mitglieder der eritreischen Community in Deutschland sowie deren Anwälte beigetragen. Ironischerweise sogar die „Brigade N´Hamedu“ selbst, weil diese ihre Aktionen mittels eigens dafür angefertigten Video-Clips in den sozialen Medien mehrfach offen angekündigt hat.

Dies wirft die Frage auf, warum sich die Strafverfolgungsbehörden und die aufgrund des Verdachtswurfs („terroristische Vereinigung“) letztlich zuständige



Generalbundesanwaltschaft über zweieinhalb (!) Jahre Zeit gelassen haben, bevor jetzt koordinierte Maßnahmen eingeleitet wurden, die der Dimension der begangenen schweren Straftaten gerecht werden. Eine lange Zeit von über 30 Monaten, in denen alle eritreischen Veranstaltungen, kulturellen Feiern, Festivals etc. unter dem Damoklesschwert standen, die „Brigade N´Hamedu“ könnte wieder zuschlagen. Und in der, weil diese Gefahr nicht einfach ignoriert werden konnte, schon die bloße Planung und Raumbeschaffung für solche Events sich sehr schwierig gestaltete.

Wäre der Schutz der Eritreischen Diaspora vor erneuten Überfällen also tatsächlich der Maßstab gewesen, hätten die Maßnahmen sehr viel früher, spätestens im Jahr 2023, durchgeführt werden müssen. Es ist daher naheliegend, dass nicht der Schutz der in Deutschland lebenden Eritreer, sondern andere Aspekte sowohl die Maßnahme als auch deren zeitliche Festlegung bestimmt haben. Wir vermuten, dass es in Anbetracht der mit dem Thema „Migration“ seit geraumer Zeit überall heiß diskutierten Fragen vor allem darum ging, ein Zeichen zu setzen, durch welches der Staat sich im Hinblick auf sein Gewaltmonopol „wehrhaft“ zeigt, und Handlungsfähigkeit gegenüber massiv straffällig werdenden Migranten zu demonstrieren.

2. Ebenso wie die Ermittlungsbehörden die Mitglieder der „Brigade N´Hamedu“ schon länger identifiziert hatten, ist jedem seriösen Journalisten oder Redakteur, der sich mit dem Horn von Afrika und besonders Äthiopien sowie Eritrea befasst, seit langem bekannt, dass diese Brigade ausschließlich aus Äthiopiern besteht, zumeist jungen Männern aus der äthiopischen Nordprovinz Tigray. Um nicht den geringsten Zweifel zu lassen: die Mitglieder der „Brigade N´Hamedu“ sind keine Eritreer, kommen nicht aus dem Staatsgebiet Eritreas und haben keinen eritreischen Pass! Auf diesen Umstand ist – nicht allein von uns – immer wieder hingewiesen worden, namhafte und gefragte Experten wie etwa Alfred Schlicht, Ex-Diplomat und Orientalist, haben dies mehrfach bestätigt.

Völlig unbeeindruckt von dieser Faktenlage wird jedoch das Narrativ einer „inner-eritreischen“ Auseinandersetzung immer weitergesponnen. Die Chuzpe, mit der ein maßgeblicher Teil der deutschen Medienlandschaft diese Behauptung wider besseres Wissen aufrechterhält, ist auf den ersten Blick verblüffend. Und die zahllosen Varianten, die aus diesem Narrativ abgeleitet werden, kennen im Einzelfall kaum Grenzen: sogar brutale Gewalttäter, die selbst aus Sicht der Bundesanwaltschaft zumindest im Verdacht stehen, gefährliche Straftäter zu sein, mutieren in der Sichtweise manches Journalisten zu „Verzweiflungs-Tätern“, die zwar schlimme Dinge täten, wofür man jedoch ein gewisses Verständnis aufbringen müsste, weil sie als Opfer einer „Diktatur“ nicht mehr ein noch aus wüssten. Ein „besseres“ Beispiel einer Täter-Opfer-Umkehr ist kaum vorstellbar.



3. Spätestens auf den zweiten Blick wird klar, warum die bekannten – und für jedermann, der es wissen will, auch leicht zugänglichen – Fakten so hartnäckig und stur ignoriert werden. Sie passen nicht ins Gesamtbild, das große Narrativ von der angeblichen Diktatur am Horn von Afrika, einem vermeintlich entmündigten Volk, dem „Nordkorea Afrikas“. Dieses Bild ist die vom kollektiven Westen staatlicherseits verhängte Strafe (neben Sanktionen, Verhinderung der Teilnahme am SWIFT und damit des Zahlungsverkehrs, Blockade von wirtschaftlichen ebenso wie humanitären Lieferungen) für die Verweigerung Eritreas gegenüber den Segnungen des globalen Marktes, der Nicht-Öffnung für Ausplünderung durch den Westen und dem Beharren auf Eigenständigkeit in allen Sektoren. Jeder, der einmal Eritrea besucht und bereist hat, weiß aus eigener Anschauung, dass dies weder ein „Schurken-Staat“ ist noch dort ein „Schurken-Regime“ herrscht, aber die Angst davor, dass das eritreische Beispiel im globalen Süden Schule machen könnte, reicht allemal aus, um das Land zu dämonisieren und alles zu verteufeln, was immer mit Eritrea in einen Zusammenhang gebracht wird.
4. Für die EritreerInnen, die als Folge eines 30-jährigen Unabhängigkeitskrieges zu einem großen Teil seit Jahrzehnten in Deutschland, wie in vielen anderen Ländern über den ganzen Globus verteilt, leben und hier ihre Kinder großgezogen haben, schafft diese Situation ein hohes Maß an Unsicherheit und Belastung. Wie soll man sich fühlen, wenn man – mit einem deutschen Pass ausgestattet, seine Steuern zahlend, die Rechtsordnung beachtend – bei Gelegenheit einer eritreischen Veranstaltung, die von externen Gewalttätern überfallen wird, dann aus den Medien folgendes erfahren muss: Opfer sei in Wahrheit die deutsche Bevölkerung und Öffentlichkeit, auf deren Rücken ein nach Europa exportierter afrikanischer Konflikt ausgetragen werde.

Und wenn man auf afrikanischer Seite überhaupt von Opfern reden könne, so eine Spielart des Narrativs, dann seien es doch wohl eher diejenigen, die angesichts der Verhältnisse im Heimatland so verzweifelt seien, dass sie sich leider außer durch Gewalt nicht mehr zu helfen wüssten. Letzteres ist nicht nur sachlich, wie oben unter Ziffer 2. dargelegt, ebenso unzutreffend wie unseriös, sondern auch ein Indikator dafür, wie sehr die wahren Verhältnisse medial auf den Kopf gestellt werden. Realitäten, die man nicht wahrhaben will, weil man dann mit dem Finger auf sich selbst zeigen müsste. Denn im Ergebnis seiner Politik hat Deutschland, unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation, über lange Jahre objektiv dazu beigetragen, dass Terrorzellen wie die „Brigade N´Hamedu“ überhaupt in die Lage versetzt wurden, im Ausland Überfälle zu organisieren und durchzuführen:



27 Jahre lang, von 1991 bis 2018, ist die TPLF (Volksbefreiungsfront von Tigray) als Ethnie, die mit brutaler Hand Gesamt-Äthiopiens regiert hat, von den maßgeblichen Staaten des Westens mit Milliarden unterstützt worden, über lange Phasen mehr als jedes andere afrikanische Land. Was immer sich die Finanzgeber, darunter Deutschland, davon versprochen haben, ist nicht aufgegangen. Aber die weltweiten Operationen der Tigray-Brigade wären ohne die Mittel, über die Teile der nach dem Pretoria-Abkommen in mehrere Fraktionen zerfallenen TPLF offenbar immer noch verfügen, überhaupt nicht möglich.

Der Westen selbst also hat dazu beigetragen, dass er sich heute mit Gewalttätern aus Tigray auseinandersetzen muss, deren von langer Hand koordinierte Aktionen in der medialen Befassung dann als Taten vermeintlicher „eritreischer Regime-Gegner“ etikettiert werden. Die Methode, welche dabei angewendet wird: niemand recherchiert, niemand interessiert sich für Tatsachen, alle schreiben voneinander ab. Die wahren Hintergründe, die erst recht nicht interessieren, liegen im Revanchismus und Rachegelüsten der ehemals in Addis Abeba herrschenden TPLF, die Äthiopiens „Verlust“ eines eigenen Zugangs zum Roten Meer beklagt, und ihre Landsleute bis heute glauben machen will, der Schuldige für alle selbst verursachten Katastrophen – zuletzt ihre Niederlage gegen die Zentralregierung – sei Eritrea.

5. Die eingangs erwähnten und im Fortgang dargestellten Widersprüche weisen auf eine aus unserer Sicht gefährliche Ambivalenz hin. Während einerseits seitens des Staates klargestellt wird, dass man – endlich – nicht mehr bereit ist, Gewaltexzessen gegen friedliche Veranstaltungen, wie sie die Eritrea-Festivals in der Vergangenheit stets waren, tatenlos zuzusehen, bleibt andererseits weithin offen, welche Stoßrichtung eine Aktion wie die Großrazzia am 26. März 2025 hat.

Geht es wirklich zentral um den Schutz der in Deutschland lebenden Eritreer, um ein sichtbares Signal, dass deren Kultur, Identität und daraus folgende Veranstaltungen ebenso schützenswert sind wie die aller anderen Bürger? Leider sind hier erhebliche Zweifel angebracht, solange gleichzeitig die mediale Hetze gegen Eritrea als Land und die in der Diaspora lebenden Eritreer, soweit sie sich als Unterstützer ihrer Regierung „outen“, ungebrochen fortgesetzt wird.

Die „Arbeitsteilung“ zwischen den Strafverfolgungsbehörden einerseits und den Medien andererseits gibt Anlass zu großer Besorgnis. Ist es reiner Zufall, dass die Bundesanwaltschaft es in ihrer Pressemitteilung vermieden hat, die ihr ja bekannte Tatsache anzuführen, dass es sich bei den 17 Verdächtigen, gegen die man vorgeht, um



äthiopische Staatsangehörige handelt? Hätten die Medien, wenn diese Information in der offiziellen Bekanntmachung einer Bundesinstitution enthalten gewesen wäre, dann so ungehemmt von einer „inner-eritreischen“ Auseinandersetzung, von „Regime-Gegnern“ (der Begriff ist sprachlich besetzt und lässt keine Erweiterung auf externe Gegner zu!) schwadronieren können? Wohl kaum.

Diese Indizien weisen auf eine nach unserer Auffassung gefährliche Lage hin, die durch die Großrazzia keinesfalls irgendwie verbessert worden ist. Sie ist eher noch gefährlicher geworden, denn solange die Verteufelung Eritreas und die Diffamierung wie Stigmatisierung seiner hier in Deutschland lebenden loyalen Landsleute als „Diktatoren-Unterstützer“ andauert, ist es nur ein kleiner Schritt, bis sich staatliche repressive Maßnahmen auch gegen letztere richten können. Jetzt, da man schon mal angefangen hat und ernst macht, ist die Schwelle eher niedriger, solange sich eine differenzierte Betrachtungsweise nicht durchsetzt. Gibt es insoweit keine Kursänderung, werden bestimmte Kräfte – ob sie nun „Brigade N´Hamedu“ oder anders heißen – dies als „Carte blanche“ verstehen und entsprechend agieren. Sie könnten ja mindestens in Teilen der Mainstream-Medien auf ein gewisses Verständnis rechnen.

6. So wie die Dinge liegen, wäre es naiv zu glauben, die von uns eingeforderte Kursänderung, vor allem eine wirklichkeitsgetreue mediale Darstellung Eritreas, die Bereitschaft zum Dialog und die Bemühung um einen solchen, käme nach und nach von selbst. So etwas wird nicht passieren. Nur dann, wenn die an einem friedlichen Miteinander, an einem fruchtbaren Diskurs, an Austausch auf allen Ebenen – letztlich an praktizierter Völkerverständigung – interessierten Menschen, Deutsche genauso wie Eritreer, sich darum aktiv bemühen, wird es eine spürbare Verbesserung geben. An die Redakteure, Journalisten und Kommentatoren in den Medien, die sich mit Eritrea befassen, appellieren wir, ihre Berichterstattung an den nachprüfbaren Realitäten auszurichten! Wir alle sind aufgefordert, durch Information, Diskussion und aktuelle Nachrichten aus Eritrea dazu beizutragen, dass der dringend notwendige Kurswechsel stattfinden kann.

Vorstand der DEG

30. März 2025